



Im Rahmen eines Events des Generikaverbandes wurden aktuelle Herausforderungen für die Generikabranche diskutiert.

Sorge um Generika

Der Österreichische Generikaverband warnt vor den Auswirkungen der aktuellen Preispolitik für Generika.

••• Von Katrin Grabner

KUNDL. Bei einem Round Table des Österreichischen Generikaverbandes (OeGV) diskutierten Experten und Expertinnen aus der Pharmaindustrie sowie aus Politik, Wirtschaft und Gesundheit über die Rolle von Generika für eine sichere Medikamenten-Versorgung. Thema waren unter anderem Lieferengpässe und

die Stärkung der europäischen sowie österreichischen Pharmaproduktion.

Starker Preisdruck

Vertreter der Generikaindustrie sprachen von einem starken Preisdruck. „In Österreich unterstützt die Politik zwar die Erhaltung von Produktionsstätten, jedoch bedrohen aktuelle Marktbedingungen und starre

Preisregelungen diese Bemühungen“, sagte Wolfgang Andiel, Präsident des OeGV. Er forderte „eine flexible und wettbewerbsfähige Preispolitik, die den sich ändernden Produktionskosten, insbesondere bei lebenswichtigen Arzneimitteln, Rechnung trägt“. Ohne Rahmenbedingungen, die angemessene Preise ermöglichen würde es nicht gelingen, die Produktion weiter in

Österreich und Europa zu halten. Durch die Produktion der heimischen Generika-Unternehmen wird ein gesamtwirtschaftlicher Umsatz von 3,79 Mrd. € stimuliert. Insgesamt sichern die Generika-Unternehmen in Österreich 16.642 Arbeitsplätze und lösen gesamtwirtschaftlich eine Wertschöpfung in Höhe von 1,71 Mrd. € aus. Fast 107 Mio. verkaufte Arzneimittel-Packungen in Österreich sind Generika.

Europäische Zusammenarbeit

Damit die österreichische und europäische Generika-Produktion weiterhin funktioniere, brauche es gemeinsame europäische Bemühungen, damit die Abhängigkeit der Wirkstoffproduktion von Asien nicht noch verstärkt werde. Noch im Jahr 2000 kamen 59% der Wirkstoffe aus Europa – heute sind es nur noch etwa ein Drittel. Regulatorische Maßnahmen wie Bevorratungsverpflichtungen müssen laut OeGV unbedingt europäisch koordiniert werden, um das Risiko einer Beeinträchtigung der Versorgung zu verringern. Ansonsten würden Produkte in Länder mit derartigen Verpflichtungen umgelenkt werden und für die Versorgung der Menschen nicht mehr unmittelbar verfügbar sein.

EU-Parlament lockert Arzneimittelreform

Die Überarbeitung des Arzneimittelrechts könnte anders ausfallen als erwartet.

BRÜSSEL. Mit der geplanten Aktualisierung des EU-Pharma-Gesetzes soll die Arzneimittelversorgung in Europa gesichert und verbessert werden. Die EU-Kommission will den Patentschutz um zwei Jahre verkürzen und Firmen dann Verlängerungen als Bonus anbieten, wenn Medikamente rasch überall in der EU angeboten, Liefergarantien gegeben und neue Medikamente

in wirtschaftlich unattraktiven Bereichen erforscht werden. Das Europa-Parlament hat allerdings eigene Vorstellungen.

Ein heiß diskutiertes Thema der vergangenen Monate war unter anderem die Länge der Datenschutzfristen. In der Letztfassung hat sich das EU-Parlament nun für eine Verringerung des gesetzlichen Datenschutzes um sechs Monate ausgesprochen.

„Das ist zwar eine Verbesserung im Vergleich zum Vorschlag der Europäischen Kommission, lässt aber trotzdem befürchten, dass Investitionen in Forschungsprojekte in Europa dadurch zurückgehen werden“, meint dazu Alexander Herzog von der Branchenvertretung Pharmig. Nach den Europawahlen soll das neue Parlament weiter am Dossier arbeiten. (kagr)



Beobachter erwarten das neue EU-Pharma-Gesetz erst im Herbst 2025.